

Quellen und Forschungen zur
Brandenburgischen und Preußischen Geschichte

Band 45

**Ostpreußen, Litauen und
die Sowjetunion in der Zeit
der Weimarer Republik**

**Wirtschaft und Politik
im deutschen Osten**

Von

Rikako Shindo



Duncker & Humblot · Berlin

RIKAKO SHINDO

Ostpreußen, Litauen und die Sowjetunion
in der Zeit der Weimarer Republik

Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte

Begründet von Johannes Kunisch

Herausgegeben im Auftrag der
Preußischen Historischen Kommission, Berlin
von Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer
und Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll

Band 45

Ostpreußen, Litauen und die Sowjetunion in der Zeit der Weimarer Republik

Wirtschaft und Politik
im deutschen Osten

Von

Rikako Shindo



Duncker & Humblot · Berlin

Die Philosophische Fakultät I
der Humboldt-Universität zu Berlin
hat diese Arbeit im Jahre 2008
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2013 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: L101 Mediengestaltung, Berlin
Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0943-8629
ISBN 978-3-428-13823-4 (Print)
ISBN 978-3-428-53823-2 (E-Book)
ISBN 978-3-428-83823-3 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist die gekürzte Fassung meiner im Jahr 2008 an der Philosophischen Fakultät I der Humboldt-Universität zu Berlin abgeschlossenen Dissertation.

An erster Stelle möchte ich Herrn Prof. Dr. Jörg Baberowski (Berlin) für die Betreuung der Arbeit und Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Hartmut Kaelble (Berlin) für die Übernahme des Zweitgutachtens danken. Zugleich bin ich Herrn Prof. Dr. Yoshiharu Ozaki (Kyoto) sowie Herrn Prof. Dr. Yuji Nishimuta (Kyoto) sehr verbunden für ihre Unterstützung während meines Magisterstudiums in Japan, mit dem meine Studien zur Geschichte Königsbergs begannen. Wertvolle Anregungen und Hinweise verdanke ich auch Herrn Reinhard Markner M.A. (Berlin), Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfram Fischer (Berlin), Frau Dr. Rita Gudermann (Berlin).

Die Arbeit beruht auf der Einsichtnahme zahlreicher Akten und Publikationen. Mein besonderer Dank gilt dem Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem, insbesondere seinem Leiter Prof. Dr. Jürgen Kloosterhuis, der Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, dem Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts sowie Herrn Dietrich Siehr (Berlin) für die Ausleihe seiner Privatsammlung.

Für die Auszeichnung meiner Dissertation mit dem Gierschke-Dornburg-Preis von 2011 und damit die Übernahme der Drucklegungskosten möchte ich mich bei Herrn Dr. Herbert Gierschke, Frau Marga Gierschke sowie der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. recht herzlich bedanken.

Für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe bin ich der Preussischen Historischen Kommission sowie den beiden Herausgebern, Herrn Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll (Chemnitz) und Herrn Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer (Berlin), zu großem Dank verpflichtet.

Berlin, im September 2012

Rikako Shindo

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	19
<i>Erster Teil</i>	
Ostpreußen	51
Kapitel I	
Das Kriegsende und Oberpräsident Adolf v. Batocki	53
1. Batocki und der Oststaatsplan	53
2. Winnigs Haltung in der Ostfrage	57
3. Brockdorff-Rantzaus Kampf gegen die Annahme der Friedensbedingungen	62
4. Das Scheitern des Oststaatsplans	72
Kapitel II	
Die erste Ostpreußenkonferenz und Oberpräsident August Winnig	81
1. Die Ernennung Winnigs zum Oberpräsidenten	81
2. Die Anträge Ostpreußens auf Einräumung weitgehender Selbständigkeit ..	83
3. Winnigs „Denkschrift betreffend die besondere Wirtschaftsgestaltung der Provinz Ostpreußen“ vom 4. März 1920	87
4. Die Ostpreußenkonferenz vom 9. bis 11. März 1920 in Berlin	89
Kapitel III	
Oberpräsident Ernst Ludwig Siehr und die Niederschlagung des Kapp-Putsches	95
1. Die Demokratisierung der Verwaltung	95
2. Die Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium in Berlin	99
a) Die Ernennung von Christian Herbst	99
b) Die Aufgabe	101
c) Die Auseinandersetzung mit der DNVP	103

d) Die Amtsbezeichnung des Berliner Vertreters des Oberpräsidenten	107
e) Die Entwicklung unter Friedrich Wilhelm Frankenbach (1922–30).	108
aa) Frankenbachs Beteiligung an der Ostpreußischen Vertretung	108
bb) Die Tätigkeit in den äußeren Angelegenheiten	112
3. Die Bemühungen der DNVP um den Austritt Ostpreußens aus dem Land Preußen	115
a) Die Vorbereitung einer Reichsreform	115
b) Die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzen in Preußen . .	117
c) Die Autonomiebestrebungen Ende 1922	121
4. Siehrs Dilemma: Der Hindenburgbesuch in Ostpreußen 1922	126
5. Der Kompetenzstreit zwischen Siehr und Borowski	130

Kapitel IV

Das Ostpreußenprogramm vom April 1922 132

1. Die Weichselgrenze	132
2. Nach dem Mißerfolg der zweiten Ostpreußenkonferenz	137
3. Die Aufstellung des Ostpreußenprogramms	139
a) Aufgabe und Finanzierung	139
b) Die Stellungnahme der Regionen	141
aa) Königsberger Handelskammer	141
bb) Magistrat Tilsit	141
cc) Weitere Stellungnahmen	142
c) Die Befugnisse des Oberpräsidenten	143
d) Ostpolitik	144
4. Die Denkschrift vom 18. April 1922	145
a) Die Mitwirkung des Oberpräsidenten an der Außenpolitik	145
b) Die Leitsätze des Ostpreußenprogramms	146

Kapitel V

Der Oberpräsident und die Not Ostpreußens (1926–1932) 151

1. Der Streit um das zweite Ostpreußenprogramm von 1926/27	152
a) Die Besichtigungsreise der Reichsratsmitglieder	152
b) Der Austritt der Königsberger Handelskammer aus dem Verband der Industrie- und Handelskammern Ostpreußens	157
c) Das Sofortprogramm und die Reichsgrenzhilfe	163
2. Zur Ostpreußenhilfe	166
a) Die Landwirtschaft	166
b) DNVP, Hindenburg und die Ostpreußenhilfe	168

c) Die Durchführungscompetenz und die Autoritätsfrage des Oberpräsidenten	171
d) Preußens Standpunkt	172
3. Die Krise der Ostpreußischen Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium in Berlin	173
a) Die Einrichtung der Ostverwaltungsstelle beim Reichsinnenministerium	173
b) Die Kontroverse in Preußen	175
c) Der Kampf Preußens gegen die DNVP: Die Ernennung Frankenbachs zum Ministerialrat	178
4. Die Bildung des Provinzialkreditausschusses	181
a) Der Streit um die Durchführungscompetenz	181
b) Die Bemühungen des Oberpräsidenten um die Leitung des Kreditausschusses	184
c) Der Protest der Handelskammern gegen die Agrarier	185
d) Die Einberufung des Provinzialkreditausschusses unter dem Landeshauptmann	188
5. Die Frachterstattungsstelle beim Oberpräsidium und die Handelskammern	190
a) Die Entstehung	190
b) Die Kompetenz und Organisation	195
c) Die Durchführung	196
d) Der Streit zwischen dem Oberpräsidenten und der Reichsbahn	197
6. Die Durchführung der Umschuldungsmaßnahme der ersten Ostpreußenhilfe	200
a) Der Streit zwischen dem Provinzialkreditausschuß und der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse	200
b) Die Angriffe Berlins auf den Oberpräsidenten	205
7. Die zweite Ostpreußenhilfe 1929	210
a) Zur Einsetzung des Staatskommissars	210
b) Der Widerstand des Oberpräsidenten	214
c) Der Amtsantritt des Staatskommissars in Königsberg	218
8. Von der Ostpreußenhilfe zur Osthilfe	222

Zweiter Teil

Ostpreußen und Litauen 229

Einführung 231

1. Die deutsch-litauischen Vertragsverhältnisse in den 20er Jahren: ein Überblick	231
2. Forschungsstand	246

Kapitel I

Die deutsch-litauischen Handelsvertragsverhandlungen I (1922/23) 254

1. Ostpreußen und Litauen 1918–1922 254
2. Die Aufnahme der Verhandlungen über den ersten Handelsvertrag 270
3. Meistbegünstigung oder Parität? 272
4. Der Einmarsch Litauens ins Memelgebiet 276
5. Die Handelsvertragsverhandlungen nach dem litauischen Einmarsch 280
6. Zur Entstehung eines Verwaltungsabkommens
(das Binnenschiffahrtsabkommen) 282
7. Der Abschluß des deutsch-litauischen Handelsvertrags vom 1. Juni 1923 285

Kapitel II

**Die deutsch-litauischen Verhandlungen über
das Binnenschiffahrtsabkommen (1923/24)** 291

1. Die Bildung der Kommissionen und die Erteilung
der Verhandlungsvollmacht 291
2. Der Oberpräsident als Vorsitzender der deutschen Delegation 293
3. Der Verhandlungseintritt in Tilsit (Binnenschiffahrtsfrage) 295
4. Die Memelkonvention und die Unterbrechung der deutsch-litauischen
Verhandlungen 299
5. Die Wiederaufnahme der Binnenschiffahrtsverhandlungen 306
6. Die Abschlußvollmacht und die Präambel 308
7. Die Paraphierung 311
8. Die Unterzeichnung vom 28. September 1923 313
9. Der Inhalt des Binnenschiffahrtsabkommens 317
10. Zur Ratifikationsform 320
11. Die Sowjetunion und Litauen 323
12. Die neue Entwicklung in den Verhandlungen der Memelkonvention 328
13. Die Ratifizierung des deutsch-litauischen Binnenschiffahrtsabkommens
im März 1924 335
14. Die Ausführung des Binnenschiffahrtsabkommens 338
15. Der deutsche Protest im Oktober 1924 341

Kapitel III

Die Memel- und Wilnafrage (1926–28) 352

1. Die Memel- und Wilnafrage im Völkerbund 1926/27 352
2. Der polnisch-litauische Wilnastreit im Völkerbundsrat 1927/28 357
3. Das politische Ziel zur Regelung der deutsch-litauischen
Grenzverhältnisse 364
4. Die erste polnisch-litauische Konferenz in Königsberg und die Frage
der Transitflößerei 368

Kapitel IV

**Die deutsch-litauischen Handelsvertragsverhandlungen II
(1926–28) 377**

1. Zum Beginn der neuen Wirtschaftsverhandlungen 377
2. Das deutsch-litauische Grenzabkommen vom Januar 1928 383
 - a) Die Frage des Friedensvertrags von Versailles 383
 - b) Das Berliner Protokoll zwischen Stresemann und Voldemaras
im Januar 1928 385
 - c) Zwei Sonderregelungen zum Grenzabkommen 387
 - aa) Zur deutsch-memelländischen Grenze 387
 - bb) Zur Wilnagrenze 389
3. Das deutsch-litauische Binnenschiffahrtsabkommen 391
 - a) Die Aufhebung des Abkommens von 1923 391
 - b) Die Übertragung der Bestimmungen des Kauener Abkommens
auf die neuen Verträge 396
4. Die Eisenbahnfrage 403
 - a) Der Häfenwettbewerb 403
 - b) Die Reaktionen von Litauen, Polen und Lettland auf die deutschen
und sowjetischen Eisenbahnwünsche 407
 - c) Die Eisenbahnfrage und der Abschluß des zweiten Handelsvertrags
am 30. Oktober 1928 413

Kapitel V

**Vom Scheitern der polnisch-litauischen Konferenz
in Königsberg bis zum Moskauer Besuch des Oberpräsidenten 420**

1. Die politische Krise im Völkerbund im Sommer 1928 420
2. Die zweite polnisch-litauische Konferenz in Königsberg im Herbst 1928 . . 434
3. Der Kellogg-Briand-Pakt und das Litvinov-Protokoll 437

Kapitel VI

**Das Gutachten des Haager Ständigen Internationalen Gerichtshofs
vom 15. Oktober 1931 über den polnisch-litauischen Streit
um den Eisenbahntransitverkehr** 442

1. Nach der Königsberger Konferenz 442
2. Die Memel- und Wilnafrage im Völkerbund 1930 446
3. Der Bericht der Verkehrs- und Transitkommission vom September 1930 . . 453
4. Die Unterstützung Litauens durch Deutschland. Die Genfer Ratstagung vom Januar 1931 456
5. Die Gerichtsverhandlung in Den Haag. 462
6. Die Untersuchungsergebnisse des Haager Gerichtshofs. 466
7. Die deutsche Ostpolitik gegen die Wirtschaftsinteressen Königsbergs. . . . 470

Dritter Teil

Königsberg und die Sowjetunion 477

Einführung:

**Der deutsch-sowjetische Handelsvertrag vom 12. Oktober 1925.
Die vertrauliche Note Nr. 9 zum Eisenbahnabkommen** 479

1. Forschungsstand 479
2. Die vertrauliche Note Nr. 9 Ziff. 1: Die Polenfrage 482
 - a) Handelspolitische Analyse zur Entstehung von Nr. 9 Ziff. 1 482
 - b) Handelspolitische Analyse zur Folge von Nr. 9 Ziff. 1 492
 - aa) Der deutsch-polnische Wirtschaftskrieg vom Juni 1925 493
 - bb) Die völkerrechtlichen Sonderverträge 496
 - c) Fazit 500
3. Die vertrauliche Note Nr. 9 Ziff. 2: Die Stellung des Königsberger Hafens 500

Kapitel I

**Das Königsberger Rußlandgeschäft
vom 19. Jahrhundert bis zum Versailler Vertrag** 505

1. Der Aufschwung des Handels in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts 505
 - a) Der Ausbau der Eisenbahnen 505
 - b) Das Schlußprotokoll zu Artikel 19 des deutsch-russischen Handelsvertrags von 1894. 508
 - c) Die Aufhebung des Identitätsnachweises und die Einführung des Einfuhrscheinsystems 515

2.	Die Folge des Ersten Weltkriegs	519
a)	Die Friedensverträge von Brest-Litowsk	519
b)	Der Versailler Vertrag	526
aa)	Die fünf Ostseehäfen (Danzig, Königsberg, Memel, Libau und Riga)	526
bb)	Die Einschränkungen im Eisenbahntarifbereich	528
3.	Der deutsch-russische Wirtschaftsverkehr	529
a)	Der Rückgang des deutsch-russischen Wirtschaftsverkehrs nach dem Ersten Weltkrieg	529
b)	Die Krise des Königsberger Handels nach dem Krieg	531
c)	Die Denkschrift der Königsberger Handelskammer vom 27. Januar 1920 zur Wiederherstellung des deutsch-russischen Handelsvertrags von 1894	534

Kapitel II

Die Königsberger Bestrebungen zur Wiederherstellung des Rußlandgeschäfts nach dem Ersten Weltkrieg 537

1.	Das Königsberger System und Hans Lohmeyer	537
2.	Die Königsberger Ostmesse und die Ausgestaltung von Rapallo	542
a)	Die Gründung	542
b)	Die erste Beteiligung der Sowjets als Aussteller 1922	544
c)	Die Holzkonferenz und -messe 1922/23	551
d)	Die Beteiligung Königsbergs an der Allrussischen Landwirtschafts- ausstellung in Moskau 1923	558
3.	Das Wirtschaftsinstitut für Rußland und die Oststaaten e.V. Königsberg	562

Kapitel III

Die Wünsche Königsbergs und die Eisenbahnfrage (1922–24) 573

1.	Die Bildung der sechs Kommissionen zur Ausgestaltung von Rapallo	573
2.	Die Wünsche Deutschlands zur Eisenbahnregelung	576
3.	Die Verhandlungen mit Litauen und Polen	582
a)	Litauen	582
b)	Polen	584
4.	Der Transitverkehr durch die baltischen Staaten	590
5.	Die deutsch-sowjetischen Verhandlungen im Frühjahr 1924	592
a)	Der Berliner Zwischenfall und Königsberg	592
b)	Die Auswirkung des Zwischenfalls auf die Transitverhandlungen in Moskau	594

Kapitel IV

**Die deutsch-sowjetischen Verhandlungen
in Moskau im Dezember 1924** 598

1. Zur Wiederaufnahme der deutsch-sowjetischen Verhandlungen im Herbst 1924. 598
 - a) Die Meistbegünstigungs- und Paritätsklausel (Artikel 2) 598
 - b) Die Gleichstellung der Ostseehäfen (Artikel 4). 600
 - c) Die Berliner und Königsberger Besprechungen im Oktober 1924. 602
 - d) Der deutsch-sowjetische Druck auf die Pufferstaaten.
Die Frage der Binnenschifffahrt. 608
2. Die deutsch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau im Dezember 1924 613
 - a) Zur Verhandlungseröffnung 613
 - b) Die Moskauer Sonderbesprechung mit den Königsberger Vertretern (Artikel 4) 616
3. Die Königsberger Eisenbahnkonferenz im Januar/Februar 1925. 624
4. Im Vertrauen auf Rapallo. Die Königsberger Ostmesse von 1925 629

Kapitel V

**Die deutsch-sowjetischen Handelsvertragsverhandlungen
und die Präambelfrage (1924/25)** 633

1. Die sowjetische Dezember-Initiative 634
2. Nach der Osterpause 1925. 638
3. Die deutschen Präambelvorschläge 645
4. Die Juni-Krise bei den Handelsvertragsverhandlungen. Die Polenfrage . . . 649
5. Zur Überwindung der Krise. Brockdorff-Rantzau als
Verhandlungsvorsitzender. 653
6. Die Zugeständnisse Deutschlands bei den Wirtschaftsverhandlungen 662
7. Die Zurückziehung der Präambelvorschläge. 666
8. Die Abschlußverhandlungen des Handelsvertrags und die Locarnofrage . . 669
9. Die Unterredung zwischen Stresemann und Čičerin am
1./2. Oktober 1925. 679
10. Der Abschluß des Eisenbahnabkommens. Ein Zusammenwirken
Deutschlands und Rußlands gegen Polen und die baltischen Staaten. 685
11. Schlußbemerkung 698

Kapitel VI

Die Folgen des deutsch-sowjetischen Eisenbahnabkommens (1926–1931)	704
1. Die Stadtbank Königsberg	704
a) Die Gründung	704
b) Das Russenkreditgeschäft und die Bahntariffrage	712
2. Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen 1928	724
a) Die Berliner Frühlingsverhandlungen	724
b) Die Moskauer Besprechung vom Dezember 1928. Die Ostpreußenfrage	731
3. Die Reise des Oberpräsidenten in die Sowjetunion im April 1929	739
a) Leningrad	741
b) Moskau: Die Sonderbesprechung zwischen Siehr und Stomonjakov	743
c) Kaukasus	753
d) Charkow	754
4. Die Kritik der Reichsbahn an der Initiative des Oberpräsidenten	757
a) Kompetenzüberschreitung?	757
b) Die Haltung der Reichsbahn gegenüber dem deutsch-sowjetischen Eisenbahnabkommen	758
c) Das Urteil Preußens. Die Kompetenzfrage hinsichtlich des Ostpreußenprogramms 1922	761
5. Die Krise des Königsberger Rußlandgeschäfts	764
a) Der Streit zwischen der Stadtbank und der sowjetischen Handelsvertretung	764
b) Die Kritik an der Rußlandpolitik des Magistrats	768
c) Der Kampf zwischen dem Königsberger Wirtschaftsinstitut und dem Rußlandausschuß der Deutschen Wirtschaft	775
d) Die Krise der Königsberger Stadtbank im Untergang der Weimarer Republik	788
Schluß	799
Quellenverzeichnis	806
Literaturverzeichnis	812
Anhang (Bilder, Dokumente, Karten, Statistiken)	853
Summary	878
Personenregister	881

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
ADAP	Akten der deutschen auswärtigen Politik
AdRK	Akten der Reichskanzlei
BA	Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde
BDFA	British Documents on Foreign Affairs
BVP	Bayerische Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DLG	Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DOK	Deutsche Ostmesse Königsberg
Dok.	Dokument
Drusag	Deutsch-Russische Saatgutaktiengesellschaft
DVP	Deutsche Volkspartei
DVP SSSR	Dokumenty vnesnej politiki SSSR, Ministerstvo Inostrannych Del SSSR
EDO	Eil-Dienst-Osteuropa
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem
IHK	Industrie- und Handelskammer
IÜG	Internationales Übereinkommen über den Frachtverkehr
IÜP	Internationales Übereinkommen über den Personen- und Gepäckverkehr
Kgb.	Königsberg
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LK	Landwirtschaftskammer
LT	Landtag
MP	Ministerpräsident
MSPD	Mehrheits-Sozialdemokratische Partei Deutschlands
OEM	Der Ost-Europa-Markt
OHL	Oberste Heeresleitung
OP	Oberpräsident
OPO	Oberpräsident der Provinz Ostpreußen
OPV	Ostpreußische Vertretung/Ostpreußischer Vertreter beim Reichs- und Staatsministerium in Berlin
Ostpr.	Ostpreußen
PA	Personalakten (im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 1501)

PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
P.C.I.J. Ser. C, No. 54	Cour Permanente de Justice internationale, Série C, Plaidoiries, exposés oraux et documents, XXII ^{me} Session 1931, N° 54, Trafic ferroviaire entre la Lithuanie et la Pologne, Avis consultatif du 15 octobre 1931, Leyden 1932
Pr.	Preußen
Preuß	Preußische/-er/-es
PreußFM	Preußisches Finanzministerium
PreußHM	Preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe
PreußLM	Preußisches Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
PreußLT	Preußischer Landtag
PreußMdi	Preußisches Ministerium des Innern
PreußMdöA	Preußisches Ministerium der öffentlichen Arbeiten
PreußMP	Preußischer Ministerpräsident
ProvLT	Provinziallandtag/Verhandlungen des Provinziallandtages der Provinz Ostpreußen
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
Rep.	Repositur
RFM	Reichsfinanzministerium
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RMdi	Reichsministerium des Innern
RMfEuL	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
RT	Reichstag
RVM	Reichsverkehrsministerium
RWiM	Reichswirtschaftsministerium
Ser.	Serie, Série bzw. Series
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StM	Staatsministerium
StS	Staatssekretär
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VOKS	Vereinigung für die kulturelle Verbindung zwischen der UdSSR und dem Auslande
VV	Versailler Vertrag
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WTB	Wolff's Telegraphisches Büro
Z	Zentrums-Partei

Einleitung

Am 7. Mai 1919 übergab der Präsident der Friedenskonferenz von Versailles, Georges Clemenceau, der deutschen Delegation die Friedensbedingungen der Alliierten. Ihnen zufolge sollte Deutschland die Verpflichtung auferlegt werden, enorme Reparationszahlungen zu leisten, erhebliche territoriale Abtretungen, ein langjähriges Besatzungsregiment sowie eine umfassende Abrüstung hinzunehmen und den Alliierten handelspolitische Sonderbegünstigungen einzuräumen. Schließlich war ein Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, der zur Zusammenarbeit der Nationen und zur Gewährleistung des Friedens durch die Unterzeichneten des Friedensvertrags einzuberufen war, zunächst nicht zugelassen. Folglich wurde der Völkerbund de facto zum Kreis der Siegermächte von Versailles. Von den deutschen Ostgebieten sollte der größte Teil von Posen, Westpreußen sowie Oberschlesien¹ dem neuen Staat Polen zufallen. Ebenfalls sollten die Gebiete der Weichsel- und Memelmündung mitsamt den Häfen von Danzig und Memel vom Deutschen Reich abgetreten werden. Im Ergebnis war die Provinz Ostpreußen vom Mutterland abgetrennt, während das Schicksal ihres südlichen Teils noch vom Ausgang einer Volksabstimmung abhing. Die außerordentliche Härte dieser Friedensbedingungen² kam in der ersten Erwiderung des deutschen Außenministers zum Ausdruck, „daß es sich um einen Gewaltfrieden handelt, wie er in der Weltgeschichte seinesgleichen nicht findet. Der Vertragsentwurf weicht von den Grundsätzen des Präsidenten Wilson in allen Punkten ab, seine Annahme würde eine gänzliche Versklavung und politische Ausschaltung Deutschlands bedeuten.“³ Am 28. Mai überreichte Ulrich Graf v. Brockdorff-Rantzau dem Präsidenten der Friedenskonferenz die deutschen Gegenvorschläge. Darin weigerte sich die deutsche Regierung unter anderem, auf die Abtretung deutscher Territorien im Osten mit Ausnahme der überwiegend von Polen besiedelten Posener Gebiete einzugehen. Hinsichtlich der Souveränitätsfrage stützten sich die deutschen Gegenvorschläge auf

¹ Die Aufforderung zur Abtretung Oberschlesiens wurde nach der Einreichung der deutschen Gegenvorschläge von den Alliierten zurückgezogen. Statt dessen wurde die Durchführung einer Volksabstimmung angeordnet.

² Eine völkerrechtliche Bilanz des Friedensvertrags von Versailles in neutraler Perspektive ziehen *Thomas Würtenberger/Gernot Sydow*: Versailles und das Völkerrecht, in: Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, hg. v. Gerd Krumeich, Essen 2001, S. 35–52.

³ ADAP, Ser. A, Bd. II, Dok. 2, Außenminister Brockdorff-Rantzau an AA, 7.5.1919, S. 4f.

das von Wilson hervorgehobene ethnographische Prinzip und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die drohende Abtrennung Ostpreußens vom übrigen Reichsgebiet weckte in der deutschen Bevölkerung der Ostprovinzen schwere Befürchtungen. Es war die Rede von einem andauernden Kriegszustand durch den deutschen Widerstandskampf oder von einer Wirtschafts- und Verkehrssperre durch die Nachbarländer. Mit Dringlichkeit wandte sich der Oberpräsident von Ostpreußen, Adolf v. Batocki, an Brockdorff-Rantzau, dem das Schicksal der Provinz besonders am Herzen lag.⁴ Zur Vermeidung der vorherzusehenden Folgen bot der Außenminister in den Gegenvorschlägen den Alliierten an, ohne eine Souveränitätsänderung von Danzig, Memel sowie Westpreußen Polen jederzeit freien Zugang zum Meer zu gewähren, die preußischen Häfen Memel, Königsberg sowie Danzig in Freihäfen umzuwandeln und in diesen Häfen Polen vertraglich weitgehende Rechte einzuräumen.⁵ Mit Rücksicht auf die Bedeutung des Handelsverkehrs dieser drei Ostseehäfen mit Rußland wurde hierbei speziell auf eine mögliche Sonderregelung der Eisenbahn- und Flußschiffahrtsfragen Wert gelegt. Zum einen war Deutschland bereit, Polen auf den deutschen Schienen in jeder Hinsicht Verkehrsfreiheit und Gleichheit (die Inländerparität) zu gewähren, insbesondere bezüglich des polnischen Verkehrs nach den Häfen Memel, Königsberg sowie Danzig einerseits und nach dem ehemaligen russischen Reich andererseits. Voraussetzung hierfür war, daß dem deutschen Verkehr im Sinne der Gegenseitigkeit auf den polnischen, litauischen sowie lettischen Bahnstrecken die volle Durchgangsfreiheit, vorzüglich nach dem ehemaligen russischen Reich, auf paritätischer Basis zugesichert werde. Zum anderen erklärte sich Deutschland bereit, Polen auch die

⁴ Im Januar 1919 unternahm Batocki auf Wunsch der Königsberger Wirtschaftskreise einen Versuch, auf Brockdorff-Rantzau einzuwirken. Die Danziger und Memeler Wirtschaft hatte ihr Interesse daran signalisiert, ohne besondere Begünstigung des Königsberger Hafens, dessen Abtretung nicht in Aussicht stand, Polen den freien Zugang zum Meer über die dortigen Häfen zu gewähren. Kurz vor der Einreichung der deutschen Gegenvorschläge an die Alliierten wandte sich die Königsberger Handelskammer an die deutsche Friedensdelegation und erreichte, daß Königsberg in die Freihäfenprojekte eingebunden wurde. Die von der Abtretung bedrohten preußischen Ostseehäfen erhoben daraufhin Protest gegen die „egoistische Handelspolitik“ Königsbergs. Siehe die Korrespondenz zwischen Batocki und Brockdorff-Rantzau, GStA PK, I. HA, Rep. 90A, Nr. 2436, Bl. 14 ff., AA, abschriftlich an StM, 31.1.1919. Zu den Vorschlägen Danzigs siehe GStA PK, I. HA, Rep. 90A, Nr. 2438, Bl. 97, Wieler, 7.4.1919. Zum Protest Elbings und Memels gegen die Haltung Königsbergs siehe GStA PK, I. HA, Rep. 90A, Nr. 2434, Bl. 462, Der Magistrat Elbing an PreußBMP, 16.5.1919. GStA PK, I. HA, Rep. 90A, Nr. 2435, Bl. 356, Vorsteheramt der Kaufmannschaft Memel an PreußBMP Hirsch, 7.6.1919.

⁵ Dieser Vorschlag war bereits in der Amtsantrittsrede Brockdorff-Rantzaus vor der Nationalversammlung vom 14. Februar 1919 gemacht worden. In: RT 1919/20, Bd. 326, S. 66 ff.

Schiffahrtswegfreiheit auf allen Gewässern Ost- und Westpreußens, die von den ehemaligen russischen Gebieten zur Ostsee führten, insbesondere auf der Weichsel und der Memel, zu gewähren. Dieses Angebot setzte freilich gegenseitige Leistungen Polens für den deutschen Verkehr auf dem polnischen Abschnitt dieser Gewässer voraus.⁶

Dem letzten Vorstoß Brockdorff-Rantzaus, der nicht zuletzt auf die Interessen Ostpreußens und insbesondere der Königsberger Wirtschaft zurückging, war kein Erfolg beschieden. Als die Alliierten am 16. Juni in ultimativer Form mit ihren letzten Friedensbedingungen auf die deutschen Gegenvorschläge antworteten, blieb der deutschen Regierung tatsächlich nichts anderes übrig, als sie anzunehmen. Brockdorff-Rantzau und Scheidemann traten daraufhin zurück. Die neue Reichsregierung unter Reichskanzler Gustav Bauer und Außenminister Hermann Müller vollzog am 28. Juni 1919 die Unterzeichnung des Versailler Vertrags. Die von deutscher Seite angebotene gegenseitige Freiheit und Gleichheit im Durchgangsverkehr nach Rußland und den Ostseehäfen ließ sich damit nicht mehr realisieren, was für das Wirtschaftsleben Ostpreußens schwerwiegende Folgen hatte. Mit

⁶ Die Gegenvorschläge der Deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen. Vollständiger amtlicher Text, Berlin 1919, S. 27: „Die deutsche Regierung ist nach diesen Grundsätzen zur Erfüllung der von ihr übernommenen Verpflichtung, Polen einen freien und sichern Zugang zum Meere zu geben, bereit, die Häfen von Memel, Königsberg und Danzig zu Freihäfen auszugestalten und in diesen Häfen Polen weitgehende Rechte einzuräumen. Durch eine entsprechende Vereinbarung könnte dem polnischen Staatswesen jede Möglichkeit zur Errichtung und Benutzung der in Freihäfen erforderlichen Anlagen (Docks, Anlegestellen, Schuppen, Kais usw.) vertraglich gesichert werden. Auch ist die deutsche Regierung bereit, durch ein besonderes Abkommen mit dem polnischen Staat hinsichtlich der Benutzung der Eisenbahnen zwischen Polen und anderen Gebieten des ehemaligen Russischen Reiches einerseits und den Häfen von Memel, Königsberg und Danzig andererseits, jede erforderliche Sicherheit gegen Differenzierung in den Tarifen und der Art der Benutzung zu geben. / Die Voraussetzung wäre jedoch, daß auch auf den polnischen und auf den unter polnischem Einfluß stehenden Eisenbahnen Deutschland in der gleichen Beziehung die Gegenseitigkeit und die gleichen Vergünstigungen für die Durchfuhr durch Polen, Litauen und Lettland zugesagt werden. Die etwa durch die Mitwirkung der Polen zustande gekommenen Tarife müßten insofern eine Ausnahmestellung einnehmen, als sie nicht zur Verallgemeinerung auf das übrige deutsche Eisenbahnnetz seitens der alliierten und assoziierten Regierungen herangezogen werden dürfen. / Ferner würde die deutsche Regierung bereit sein, die von Polen, Litauen und Lettland durch Ost- und Westpreußen zur Ostsee führenden schiffbaren Wasserstraßen unter weitgehenden Sicherungen zur freien Benutzung und zum freien Durchgangsverkehr den Polen zur Verfügung zu stellen. Die Gegenseitigkeit der Leistung von polnischer Seite ist ebenfalls Voraussetzung. / Bezüglich der Weichsel wird auf die Ausführung über die Binnenschifffahrt verwiesen.“ Vgl. AdRK Kabinett Scheidemann, Dok. 111, PreußMdl an die Reichsregierung, 14.6.1919. Vor allem II: Denkschrift des Geheimen Regierungsrats Loehrs vom 10.6.1919, S. 458 ff. (hier S. 462 f.).